

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschlüssel: Nachrichten Dresden
Beispielnummer: 20241
Wur für Nachgelassene: Nr. 20211
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-K. 1, Waisenstraße 28/28

Bezugsgebühr vom 1. Juli 1928 bei täglich gewöhnlicher Zustellung inkl. Post 1.70 Mk.
Wochengebühr für Monat August 1.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet:
die einseitige 40 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Samstagsanzeigen und Stellen-
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Zeile 300 Pf., außer-
halb 250 Pf., Chiffrengebühr 30 Pf. Unveränderte Nachträge gegen Vorauszahlung

Draht u. Verlag: Leipzig & Neudamm,
Dresden, Postfach-Nr. 1005 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Der Kanzler gegen Kolonialpolitik!

Erklärung des Parteimanues oder des Kabinettsführers?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. August. Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller hat auf eine Umfrage: „Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben“, sich gegen jede aktive deutsche Kolonialpolitik ausgesprochen.

Der Reichskanzler schreibt: „Trotzdem dem Deutschen Reich das Recht auf koloniale Betätigung nicht bestritten werden kann und die koloniale Schuldfrage in der früheren kolonialen Betätigung Deutschlands keine Begründung findet, soll das Deutsche Reich aus praktischen Gründen den Erwerb von Kolonien nicht anstreben. Die deutsche Wirtschaft leidet an Kapitalmangel. Wie soll auch noch das Kapital aufgebracht werden, das zur Einleitung einer nutzbringenden Kolonialpolitik in den Kolonien investiert werden müßte? Zurzeit haben die Deutschen bei den erwachenden, nach Selbstständigkeit drängenden Kolonialvölkern das größte Ansehen, gerade weil Deutschland an der kolonialen Ausbeutung (!) fremder Völker nicht mehr beteiligt ist. Das muß sich auch handelspolitisch günstig für Deutschland auswirken.“

Auch zur kolonialen Betätigung Deutschlands durch Uebernahme eines kolonialen Mandats liegt kein Grund vor. Deutschland soll sich in der Mandatskommission des Völkerbundes vielmehr der Völker annehmen, die in den Mandatsgebieten wohnen. Das wird dem deutschen

Ansehen und dem deutschen Handel nützlich sein. Das Deutsche Reich soll für seine Angehörigen in allen Kolonien und Mandatsgebieten die volle Gleichberechtigung mit den anderen Nationen fordern, damit ihm günstiger Rohstoffbezug gesichert ist.“

Die Deutsche Kolonialgesellschaft weist darauf hin, daß die Argumente des Reichskanzlers jadenkündig seien, so daß man sich wundern müßte, daß der verantwortliche Vertreter der deutschen Politik, wenn er schon glaube, gegen die deutschen kolonialen Interessen aufzutreten zu müssen, seine zwingenderen Gründe für seine ablehnende Haltung vorzubringen vermöge.

Die Erklärung des Reichskanzlers sei von so anherberndlicher Tragweite, daß man die Frage stellen müsse, ob Hermann Müller diese Erklärung abgegeben habe als Vertreter der Politik seiner Partei oder als Vertreter der Politik der Reichsregierung.

Gefragt werden muß auch, wie sich das Reichskabinett und wie der Außenminister sich zu dieser Erklärung des verantwortlichen Führers der deutschen Politik stellt. Die Deutsche Kolonialgesellschaft wirft noch die Frage auf, ob der Reichstag eine Politik der Regierung, die einen endgültigen vollen Verzicht auf die Geltendmachung der deutschen kolonialen Reichsansprüche und die aus kolonialer Eigenart der deutschen Volkswirtschaft erwachsenden Vorteile bedeute, vertrete.

In der Reichskanzlei konnte vorläufig keine Bestätigung der Nachricht gegeben werden, da man dort auch erst aus den Pressemitteilungen von der Erklärung des Reichskanzlers Müller gegen die Kolonialpolitik erfahren hat.

Nachdenkliches zum Besuche Herriots

Noch ist die Frage der Auslieferung Deutscher an französische Justizbehörden nicht endgültig aus der Welt geschafft, noch klingen uns die Ohsaefänge der französischen Presse anlässlich der Wiener Anschlusskündigung in den Ohren, da tritt plötzlich ein anderes Ereignis ins politische Blickfeld. Der französische Unterrichtsminister Herriot, von unserer Sozialdemokratie in seiner Parteieigenschaft als Sozialist mit dem Titel „Genosse“ geschmückt, ist in Köln zum Besuch der Presse eingetroffen und von uns feierlich empfangen worden. Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat den Vertreter des französischen Ministerrats mit überhäufender Herzlichkeit empfangen. Kein Vorwurf soll ihn deshalb treffen. Aber eine Bitterkeit wird das nationale Deutschland dabei nicht verwinden können. Warum besinnt sich der Repräsentant einer so großen Stadt wie Köln auf seine Pflichten erst, wenn ein ausländischer Minister zum Besuche kommt, warum aber vergißt er seine Pflicht in verlebender Form, wenn deutsche Bürger, die durch eine große Leistung der ganzen Welt Achtung abgezogen haben, seiner Stadt einen Besuch abstatten? Köln gehört bekanntlich zu den Gott sei Dank ganz wenigen Kommunen, die die deutschen Ozeanflieger Köhl und Hünfeld aus parteipolitischen Kleinlichkeit nicht empfangen haben. Dr. Adenauer hat dem Vertreter Frankreichs gegenüber Worte des Ueberchwanges gesprochen, in denen völlig das nationale Erfordernis für einen Rheinländer unterging, kühle Zurückhaltung zu üben, solange am Rhein noch französische Truppen stehen. Wenn Dr. Adenauer hier großzügig war, warum vergißt er seine Großzügigkeit gegenüber seinen deutschen Mitbürgern, warum beherrscht ihn hier die Engherzigkeit des neudeutschen Parteipolitikers, warum vermag er, der sich bemüht, die Franzosen weitgehendst zu verstehen, im politisch andersondenkenden Deutschen in erster Linie den Volksgenossen zu sehen und auch ihm gegenüber sich auf seine Pflichten als Kölns Oberbürgermeister zu besinnen. In seiner Begrüßungsansprache hat der Vertreter der Reichsregierung Dr. Kütz an ein Wort Herriots erinnert, das diesem französischen Sozialisten alle Ehre macht und ihn als einen im national-französischen Boden wurzelnden Menschen zeigt: „International kann nur wirken, wer zunächst national fühlt.“ Kölns Oberbürgermeister, der noch dazu bürgerlicher Politiker ist, hat allen Grund, sich diesen Ausdruck eines französischen Sozialisten zu merken. Erst wenn er den Beweis dafür erbracht hat, daß er in jedem seiner deutschen Mitbürger in erster Linie den Volksgenossen, den durch das gleiche Blut, durch gleiche Kultur und durch gleiche Sprache ihm verbundenen Menschen sieht und ihn nicht mit der Lupe daraufhin untersucht, ob er die vorgeschriebene republikanische Patentgesinnung besitzt, erst dann wird auch seine Bitterkeit mehr überkommen, wenn er den Vertreter Frankreichs in einer der Situation nicht angemessenen Ueberchwenglichkeit begrüßt. Der warme Friedensappell des ehemaligen deutschen Reichsinnenministers Dr. Kütz, der wenigstens nicht durch die gleichen peinlichen Erinnerungen wie die Ansprache Dr. Adenauers getrübt war, ist vom nationalen Standpunkt aus durchaus zu billigen. Wenn sich der Vertreter der deutschen Regierung zum Frieden bekennt, so weiß er damit die ganze Nation hinter sich. Das nationale Deutschland ist weit weg von jenem wunselnden Pazifismus, von dem Dr. Kütz in Zitierung des französischen Dichters und Deutschenfreundes Romain Rolland hervorhebt, daß er immer unwürdig ist, denn er ist eine Feigheit und ein Mangel an Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache, aber das nationale Deutschland ist unbedingt friedliebend und denkt nicht an einen Revanchekrieg. Wir sind fest davon überzeugt, daß durch eine würdevolle nationale Politik, durch Ausnutzung der geistigen und technischen Energien, die in unserem Volke stecken, wir uns rascher unseren Platz an der Sonne wiedererobern werden, als etwa durch einen Krieg, den wir nur mit ganz unzureichenden Mitteln führen können. In diesem Zusammenhang wird man die Friedensrede Kütz' unbedingt beachten dürfen. Der französische Minister ist als Gast zu einer Ausstellung, die der internationalen Verständigung dienen soll, nach Deutschland gekommen, und nicht als Unterhändler. Ein stärkeres Eingehen auf bittere Probleme, die gegenwärtig die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich zu trüben in der Lage sind, verbot sich daher für die deutschen Vertreter aus sehr realpolitischen Gründen des internationalen Taktes. Trotzdem durfte der Vertreter der deutschen Regierung an den Ereignissen der letzten Zeit nicht vorübergehen. Wir können mit großer Genugtuung buchen, daß Kütz es nicht unterlassen hat, brennende Probleme der deutsch-französischen Beziehungen zu kreisen. Er hat erklärt, daß gerade die deutschen Anschlusskündigungen nationale Strömungen sind, die im Dienste der friedlichen Menschheitsentwicklung stehen, woraus Herr Herriot entnehmen konnte, daß Frankreichs Gegnerschaft gegen den Anschluss aus machtpolitischen Beweggründen und nicht aus Friedensliebe geboren sei. Kütz hat ferner Herrn Herriot auf die Unsinngkeit der Besetzung, die — wie die Auslieferungsforderung Frankreichs zeigt — zu immer neuen Beunruhigungen führen muß, in gewis vorstelligt, aber immerhin deutlicher Weise hingewiesen, wenn er sagt: „Wer aufrichtig die Verständigung und die harmonische Zusammenarbeit unserer beiden großen Nationen will, der wird auch um so aufrichtiger bereit sein, endgültig den Schlüssel unter Maßnahmen zu setzen, die aus einer anderen Zeit stammen, als die ist, der unsere gemeinsame Arbeit gelten soll.“ In dieser Beziehung darf der Satz Geltung beanspruchen: „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen.“

Die hinreichend zu begründende Betriebsgefahr

Wie die Reichsbahn spart

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Aug. Im „Deutschen“ wird ein Schreiben der Reichsbahndirektion Münster an die Leiter und Direktionsbüros veröffentlicht, das das Sparigste der Reichsbahn sehr klar erkennen läßt und in gewisser Hinsicht auch in Widerspruch zu den Erklärungen des Generaldirektors Dr. Müller steht, nach denen die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes unter keinen Umständen leiden dürfe. In dem Schreiben wird erklärt, daß die zahlreichen Anträge der Leiter auf Nachbewilligungen nicht genehmigt werden können.

„Selbst unter Inkaufnahme von Mängeln an den baulichen Anlagen muß durchgehalten werden.“

Dies muß um so mehr möglich sein, als im vorigen Jahre mehrmals Mittel für Nachpoliarbeiten bereitgestellt werden konnten. Nur bei Vorliegen einer wirklichen Betriebsgefahr kann eine Ueberweisung der überweisenden Mittel in Frage kommen. Liegt ein derartiger Fall vor, so ist hinreichend zu begründen, worin die Betriebsgefahr besteht, weshalb nicht die überweisenden Mittel (unter Hintanhaltung minderwichtiger Arbeiten) (!) dazu in Anspruch genommen werden, und weshalb der Antrag erst gestellt wird, nachdem die Verteilung der Mittel durch die Direktion erfolgt ist.“ — Bei einer solchen Begründung der Betriebsgefahr muß immerhin bestritten werden, daß schon Opfer gebracht worden sind, ehe die Begründung der zuständigen Stelle wirklich hinreichend erscheint.

Der Untersuchungsausschuß der Reichsbahn

Berlin, 3. August. In dem unter dem Vorsitz des Geh. Oberbaurats Birckel vom Reichsverkehrsministerium gebildeten Ausschuss zur Untersuchung der Betriebssicherheit bei der Reichsbahn sind folgende Herren berufen worden: Die Reichstagsabgeordneten Dr. Quack und Scheffel; die Professoren für Eisenbahnen Dr. Haller von der Technischen Hochschule in München und Dr. Pirath von der Technischen Hochschule in Stuttgart; der Verbandsgeschäftsführer Groß, vom Hauptbeamtenrat bei der Reichsbahn der Vorsitzende Eisenbahninspektor Mondorf, vom Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Gasse (beide in Berlin), von der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer der Lokomotivführer Paul Deike aus Tittersbach (Waldburg), vom Reichsverkehrsministerium der Geh. Oberbau Rat Birckel (Betrieb) und der Oberregierungsrat Dr. Reingruber (Eisenbahnversicherungswesen), und von der Reichsbahn-Gesellschaft der Reichsbahndirektor Dr. Fromm (Dienstverhältnisse) und der Vizepräsident Senk (Oberbaufragen).

Im Augenblick steht noch nicht fest, ob der Ausschuss zuerst in Berlin zusammentreten wird und hier mit seinen Untersuchungen beginnen wird, oder ob der Ausschuss sich erst in Süddeutschland zusammensuchen wird. Die wichtigsten Untersuchungen müssen ja in Bayern vorgenommen werden. Die Untersuchungen sollen, wie uns berichtet wird, mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Der Abschluss kann in einigen Wochen erwartet werden. Nach der Beendigung der Ermittlungen wird voraussichtlich von der Reichsbahnverwaltung eine ausführliche Denkschrift veröffentlicht werden. Zwischen dem Generaldirektor der deutschen Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, und dem bayrischen

Ministerpräsidenten Dr. Holz wird demnächst eine Aussprache über die Fragen stattfinden, die durch die dauernden Unglücksfälle in Bayern aufgeworfen sind. Insbesondere dürfte man sich über die bayrischen Reservatrechte unterhalten.

Beseitigung eines Opfers von Dinkelscherben

Augsburg, 3. August. Als erstes Opfer der Dinkelscherbener Eisenbahnkatastrophe wurde heute der Kriegsinvalide Josef Wiedemann aus Augsburg zur letzten Ruhe bestattet. Auf dem Friedhof hatte sich eine unübersehbare Trauergemeinde eingefunden. Nach der Grabrede des Bezirksleiters legte Reichsbahnpräsident Vist im Namen der Reichsbahndirektion einen prachtvollen Kranz am Grabe nieder und sprach zugleich den Hinterbliebenen das Beste. Die Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, des Reichsverkehrsministers sowie des bayerischen Staatsministeriums und des Bayerischen Landtages aus. Es sei an dieser Stelle nicht sein Amt, zu beschuldigen oder zu verteidigen, auch nicht die Vertretung der Umstände zu schildern, deren verhängnisvolles Zusammentreffen das furchtbare Ereignis herbeigeführt hat. Seine Aufgabe sei es, an der allgemeinen Trauer teilzunehmen und das innigste Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen, das die Reichsbahn an dem furchtbaren Schicksal aller derer nehme, die von dieser Katastrophe betroffen worden sind. Der hier zu Grabe Betragene habe bereits im Kriege dem Vaterlande schwere Opfer bringen müssen, und bei der Katastrophe sei auch sein Kind schwer verletzt worden. Er hoffe, daß es der Kunst der Ärzte gelingen werde, wenigstens das Kind der Wiedergebenseit entgegenzuführen. — Unter einer Fülle von Kranzspenden wurde der Sarg in die Grube gesenkt. — Wie wir auf eingezogene Ermittlungen erfahren, befinden sich die im Krankenhaus liegenden Verletzten auf dem Wege der Besserung, bis auf die schwerverletzte Frau Brendle (Heilbronn), deren Zustand zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt.

Leichtes Defizit der Reichsbahn

Berlin, 3. Aug. Dem Reichstag ist ein Bericht über die Betriebsverhältnisse, Verkehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Reichsbahn im ersten Vierteljahr 1928 zugegangen. Gegenüber den Gesamteinnahmen des ersten Vierteljahres 1927 mit 127 638 000 Mk. ist die des gleichen Zeitabschnittes des Jahres 1928 um 62 519 000 Mk. gestiegen. 1928 brachte gegenüber 1927 ein Mehr von 5,5 vom Hundert; gegenüber dem ersten Vierteljahr 1926 beträgt die Steigerung sogar 24,4 v. H. Die Steigerung entfällt mit 15,1 Millionen auf den Personenverkehr, mit 30,7 Millionen auf den Güterverkehr und mit 16,7 Millionen auf die sonstigen Einnahmen. Alle Einnahmeweise haben sich demnach günstig entwickelt. Die Ausgaben stiegen infolge des Mehraufwandes für Besoldung und Lohnserhöhungen und erfuhren eine Mehrbelastung durch die planmäßig gestiegenen Reparationsausgaben. Die Ausgaben betragen im ersten Vierteljahr insgesamt 1 208 470 000 Mk., denen die Einnahmen von insgesamt 1 100 157 000 Mk. gegenüberstehen. Für verbundene Anlagen entstanden Ausgaben von zusammen 54,3 Millionen, die, wie bisher, aus bereitgestellten Krediten gedeckt wurden.

Note Futtertruppenpolitik

Berlin, 3. Aug. Das preussische Innenministerium hat an Stelle des am Präsidenten der Oberverwaltungsanstalt Heisen-Kassau in Kassel gewählten früheren Landrats Loene den Lehrer Groeniger mit der kommissarischen Führung der Landratsgeschäfte in Wittenhausen beauftragt. Der Lehrer Groeniger ist seit mehreren Jahren Volksschullehrer in Riedersweilmar und gehört der sozialdemokratischen Partei an.